

Mittelsächsische LinksWorte

22. MÄRZ 2023

NR. 181

17. JAHRGANG



Foto: Stefan Kraft

Bereits am 12. November des vergangenen Jahres hat die Vereinte Dienstleistungsgesellschaft ver.di eine Kampagne zum Volksantrag „8. März als Feiertag in Sachsen“ gestartet. Zu den Unterstützern gehören neben der LINKEN Sachsen auch die SPD Sachsen und die GRÜNEN Sachsen. Am Internationalen Frauen(kampf)tag hielt auch heftiger Schneefall Vertreter*Innen von ver.di gemeinsam mit SPD und LINKEN nicht davon ab, auf dem Markt von Döbeln Unterschriften für den Volksantrag zu sammeln. Volksantrag für einen gesetzlichen Feiertag am 08. März. Mit dabei waren die Landtagsabgeordneten **MARIKA TÄNDLER-WALENTA** (DIE LINKE) und **HENNING HOMANN** (SPD).

DIE DREI TITELTHEMEN DIESER AUSGABE:

1. DOKUMENTIERT:

DIE BESCHLUSSLAGE DER LINKEN ZUM
UKRAINE-KRIEG

2. INFORMIERT:

DIE LINKSFRAKTION ZUR SITZUNG DES
KREISTAGES VOM 8. MÄRZ

3. INFORMIERT:

DER INTERNATIONALE FRAUENTAG UND DIE
GESCHLECHTERGERECHTIGKEIT

2	editorial & debatte
3	dokumentiert & aktuell informiert: zum alternativen frauenpreis
4/5	titelthema 1: beschlusslage zur wertung des ukraine-krieges
6	titelthema 2: aus der kreistagsfraktion
7	unsere serie - immer auf seite -7- „linksworte“ vom märz 2009
8	titelthema 3: internationaler frauentag und geschlechtergerechtigkeit
9	recherchiert: die bahn im landkreis
10	unsere serie zur politischen bildung: beitrag -83-: die allgemeinen prinzipien des völkerrechts
11	kreisvorstand & glückwünsche & historische daten
12	termine & trauer

Erscheinungstag der nächsten gedruckten Ausgabe der „Mittelsächsischen LinksWorte“ ist am Mittwoch, dem 19. April 2023. **Redaktionsschluss** ist am Mittwoch, dem 12. April. Unsere Leser bitten wir darum, für den Druck, die Online-Ausgabe und die Verteilung der „Mittelsächsischen LinksWorte“ an die Ortsverbände der LINKEN und die Bürgerbüros der LINKEN im Landkreis Mittelsachsen zu spenden.

Spendenempfehlung: 10,00 Euro als Jahresbeitrag. Geldspenden unter Angabe des Verwendungszwecks „Spende für LinksWorte“ sind auch unter folgender Bankverbindung möglich:

DIE LINKE. Mittelsachsen

Sparkasse Mittelsachsen

IBAN: DE 87 8705 2000 3115 0282 10

BIC: WELADED1FGX

Kritische und polemische Zuschriften sind von der Redaktion ausdrücklich erwünscht. Bei Veröffentlichung bringen sie jedoch nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion zum Ausdruck.

Impressum

Herausgeber:

DIE LINKE.

KREISVORSTAND MITTELSACHSEN

Postanschrift der Redaktion:

Kreisgeschäftsstelle der LINKEN

Redaktion „LinksWorte“

09599 Freiberg, Lange Straße 34

Telefon: 0 37 31 - 2 22 56

Telefax: 0 37 31 - 20 21 40

E-Mail: hans.weiske@dielinke-mittelsachsen.de

Redaktion: Ruth Fritzsche, Achim Grunke, Gottfried Jubelt, Kati Voigt, Hans Weiske (verantw. i.S.d.P.)

Layout und Satz: A • Bi • Te

Agentur für Bild und Text Dr. Hans Weiske

Birkenstraße 23 b

09557 Flöha/OT Falkenau

Druck: Druckerei Willy Gröer GmbH & Co. KG
Kalkstraße 2, 09116 Chemnitz

Internet: Die „LinksWorte“ kann man über die Webseite des Kreisverbandes der LINKEN aufrufen. Durch einen Klick kann man dort neben der jeweils aktuellen Ausgabe ein Gesamtarchiv mit allen seit November 2006 erschienen Ausgaben der „LinksWorte“ öffnen.

aus der redaktion

Liebe Leserinnen und Leser,

seit einigen Wochen ist es nicht mehr richtiger Winter und noch nicht richtiger Frühling. Auch politisch will es nicht Frühling werden. Ein Ende des Krieges Russlands gegen die Ukraine ist nicht abzusehen, in der Ampel-Koalition brechen -wie aktuell beim Streit um den Haushalt - immer wieder neue Konfliktlinien auf und die Inflation treibt immer neue Blüten mit verhängnisvollen Folgen für die „kleinen Leute“.

Das alles müsste Wasser auf die Mühlen der LINKEN als Oppositionskraft im Bundestag sein. Ist es aber nicht! Wenn wir gegenwärtig politisch wahrgenommen werden, dann als ein zerstrittener Haufen, dem zumal die Spaltung droht. In den vergangenen vier Wochen seit Erscheinen unserer Februar-Ausgabe hat sich nichts zum Besseren gewendet. Wenn in den Medien über DIE LINKE berichtet wird, dann im wesentlichen über den innerparteilichen Streit. Mit der aktuellen Lage unserer Partei beschäftigt sich der nebenstehende Standpunkt.

Im ersten Titelthema auf den Seiten -4- und -5- wollen wir aufzeigen, dass der Parteivorstand durchaus versucht, politische Weichen zu stellen, aber man hat den Eindruck, das kommt weder bei den Parteimitgliedern, noch bei den Wählern der LINKEN an. Ganz zu schweigen davon, dass es mobilisiert. Mit dem am 11. März im Vorstand beschlossenen Aufruf zu den Ostermärschen 2023 unter dem Motto „Stopp den Krieg! Russische Truppen raus aus der Ukraine - Eskalation beenden: Verhandeln statt Waffenlieferungen, zivile Alternativen zu Aufrüstung und Militarisierung“ wird ein erneuter Versuch zur Mobilisierung unternommen. Wir dokumentieren den Beschluss des Parteivorstands vom 16. Februar, Auszüge aus einer Erklärung der beiden Parteivorsitzenden Janine Wissler und Martin Schirdewan vom 1. März und den genannten Aufruf zu den Ostermärschen 2023.

Im Titelthema -2- berichtet Gottfried Jubelt, Fraktionsvorsitzender der Linksfraktion, über den Kreistag vom 8. März. Im Mittelpunkt standen dabei der Doppelhaushalt 2023/24 und Beschlüsse zum Straßenbau. Auch ein Antrag der Linksfraktion stand zur Debatte.

Das Titelthema -3- und die Informationen auf Seite -3 sind dem Internationalen Frauentag, der Unterstützung für den von der Gewerkschaft ver.di initiierten Volksantrag “8. März als Feiertag in Sachsen”, der alljährlichen Vergabe des Alternativen Frauentagspreises der mittelsächsischen LINKEN und dem Thema “Gleichstellung” gewidmet. Fortgesetzt wird unsere Serie “Was vor 14 Jahren Thema der LinksWorte war” (damals ging der neue mittelsächsische Kreisverband der LINKEN nach der Bildung der neuen Landkreise im Jahr 2008 seine ersten Schritte) und unsere Serie zur politischen Bildung und Information, fest in den Händen unseres Redaktionsmitglieds Achim Grunke. Sein heutiger Beitrag steht unter der Überschrift “Über die allgemeinen Prinzipien des Völkerrechts”.

Unsere Leserinnen und Lesern wünschen wir eine interessante und anregende Lektüre.

„wie weiter bei der linken?“

von HANS WEISKE

Als ich am 16. Februar meinen Standpunkt zum Thema „für Verhandlungen statt Krieg – das muss endlich Gehör finden“ zu Papier brachte, war das von Alice Schwarzer und Sahra Wagenknecht initiierte „Manifest für den Frieden“ sechs Tage alt und für den 25. Februar wurde zu einer Friedenskundgebung am Brandenburger Tor als Beginn einer Mobilisierungskampagne unter dem Motto „Aufstand für den Frieden“ aufgerufen. Am gleichen Tag hatte Gregor Gysi das Manifest unterzeichnet (bis heute haben es ihm rund 750.000 Unterzeichner gleich getan) und für den Abend war eine Sondersitzung des Parteivorstand einberufen worden, auf deren Ergebnisse ich wegen des Redaktionsschlusses der „LinksWorte“ nicht mehr eingehen konnte. Der an diesem Abend gefasste Beschluss ist auf Seite -4- abgedruckt. Ich war insgesamt enttäuscht. Kein Wort zum Manifest, konkret erwähnt wird nur Jürgen Habermas und seine Stellungnahme zum Krieg in der Ukraine. Meine Begeisterung über die Berichterstattung der Medien über die Friedenskundgebung am Brandenburger Tor, an der nach den anzuzweifelnden Zahlen der Polizei nur 13.000 Menschen teilnahmen, hielt sich in Grenzen, obwohl sie von den Veranstaltern mit 50.000 Teilnehmern als „die größte Friedenskundgebung in Deutschland seit vielen Jahren“ wahrgenommen wurde. Die Parteivorsitzende Janine Wissler betonte im Vorfeld, dass DIE LINKE als Ganzes sich nicht an der Organisation der Berliner Kundgebung beteilige und weiter „es werden Mitglieder der LINKEN teilnehmen, ich persönlich werde nicht da sein“. Von führenden Politikern der Ampel-Koalition kamen scharfe Anwürfe, Wagenknecht, Schwarzer und ihre Unterstützer würden Putin und der blanken Gewalt in die Hände spielen und sie missachteten zugleich in beschämender Weise das Recht der Ukraine auf Eigenständigkeit und Selbstverteidigung. Inzwischen sind leider weitere Zwischentöne zum zunehmenden Zerwürfnis zwischen Sahra Wagenknecht und der Parteiführung der LINKEN an die Öffentlichkeit gelangt. Auch ihre Ankündigung vom 3. März gegenüber der „Rheinpfalz“ dass sie eine erneute Kandidatur für DIE LINKE ausschließe, nährt die Sorge um die weitere Entfremdung Sahra Wagenknechts von der Partei. Sie wolle sich nach Ablauf der Legislaturperiode entweder aus der Politik zurückziehen und als Publizistin oder Buchautorin arbeiten „oder es ergibt sich politisch etwas Neues“. Der Kommentar von Janine Wissler dazu war, dass es die Entscheidung von Wagenknecht sei und sie das nicht kommentiere. Das Kokettieren mit neuen Parteien nannte sie wenig hilfreich, allerdings kenne sie auch keine genauen Pläne und keine dahingehenden Bestrebungen. Für unsere Partei wäre der Bruch mit Sahra Wagenknecht und möglicherweise die Gründung einer neuen „Wagenknecht-Partei“ und damit verbunden die Spaltung ein Dilemma. Wir könnten eine weitere entscheidende Zahl von Wählern verlieren. Dabei kratzen wir mit dem Ergebnis der Bundestagswahl von 2019 bereits am Minimum und scheiterten an der Fünf-Prozent-Hürde. Nur die drei Direktmandate in Berlin und Leipzig retteten uns von der politischen Bedeutungslosigkeit. Mit der anstehenden Wahlrechtsreform zur Verkleinerung des Bundestages würden wir damit nur noch mit den Direktmandaten (wenn wir denn künftig noch welche erringen) in den Bundestag einziehen und den Fraktionsstatus verlieren. Eine tragische Perspektive!

im „neuen deutschland“ gelesen

Hoffen auf ein Wunder

Auszüge aus einer Kolumne des Politikwissenschaftlers und Historikers **GEORG FÜLBERTH** vom 15. März

... Gegenwärtig wird viel darüber gerätselt, ob eine Abspaltung eines sogenannten Wagenknecht-Flügels in der Linkspartei zu erwarten ist. Wer die befürchtet und die Partei unbedingt zusammenhalten will, bemüht sich um ein flaches Profil und wirkt dadurch nicht attraktiv. Gegnerische Medien dagegen gießen Benzin ins Feuer. Vorhersagen sind unmöglich, solange Sahra Wagenknecht sich nicht entschieden hat. ... Die PDS und später DIE LINKE hatten **drei Kompetenzbereiche:**

- Ostdeutschland
- die soziale Frage
- den Frieden

Was ersteres angeht, so wird von vielen Menschen, die auf dem Gebiet der ehemaligen DDR leben, die AfD mittlerweile als ihre Lieblingsanwältin angesehen. PDS und LINKE galten als Vertreter*innen nicht wegen, sondern trotz ihrer sozialistischen Orientierung. Dass sie mit der SED nicht viel zu tun haben wollten, half ihnen nichts. So bot sich ab 2013 die AfD als attraktiveres Angebot ohne Rotstich an.

Sozialpolitisch wurde der Linkspartei mehr zugetraut als der SPD, so lange diese sich mit der Agenda 2010 und Hartz IV blamierte. Mittlerweile hat Bundesarbeitsminister Hubertus Heil (SPD) einen Mindestlohn von zwölf Euro durchgesetzt. Dass DIE LINKE einen höheren Betrag fordert, wird nicht ernstgenommen, denn sie hat keinen Hebel zur Verwirklichung. Die soziale Frage ist zur SPD zurückgekehrt.

Krieg und Frieden: Am 27. Februar 2022 rief Olaf Scholz die „Zeitenwende“ aus. Die Folge: Die Bundeswehr soll massiv aufgerüstet werden. In der Aussprache versprühte Alice Weigel von der AfD ihren üblichen Unrat. Sie aber war die einzige Abgeordnete, die auf die Umtriebe der Nato hinwies. Von der Linksfraktion kam in dieser Sitzung nichts dazu. Seitdem gilt die AfD für die öffentliche Wahrnehmung in höherem Maße als die Partei der ostpolitischen Vernunft als DIE LINKE.

Der Kernbestand der LINKEN ist also ausverkauft, kann durch nichts anderes ersetzt werden, muss neu erarbeitet werden. Schnäppchen von der Resterampe der Grünen wirken da nur als Imitate, denen das Original vorgezogen wird.

DIE LINKE wird aber nicht rückstandslos verschwinden. Auch nicht, wenn es zu einer Spaltung käme. Zu ihren Verdiensten gehört, dass sie einer ganzen Generation von Linken in schwieriger Zeit Orientierungen und Handlungsmöglichkeiten eröffnet hat. ...

Prognosen haben den Vor- und den Nachteil, dass sie fast nie eintreffen, auch im vorliegenden Fall nicht. Niemand kennt die jähren Wendungen nach unten oder oben im Voraus. Auch auf Wunder, die gar keine sind, sondern deren Ursachen sich erst im Nachhinein herausstellen, darf gehofft werden. Niederlagen können nützlich sein und Neues aus sich hervorbringen, wenn sie begriffen werden.

(Hervorhebungen durch die Redaktion)

frauentag in wiederau und alternativer frauenpreis des kreisverbandes

von **HELGA STEINERT**

Clara Zetkin zu Ehren

Auch am diesjährigen 8. März gab es eine kleine Feierstunde „In der alten Dorfschule“ in Wiederau anlässlich des Internationalen Frauentages. Es ist das Elternhaus Clara Zetkins, der Mitinitiatorin des Frauentages, der hoffentlich auch bald in Sachsen ein Feiertag ist. Unser besonderer Gast war die Landtagsabgeordnete und Co-Vorsitzende der Linkspartei in Sachsen, **SUSANNE SCHAPER**. In ihrer Rede zeigte sie auf, dass Claras politischen Ziele auch in der heutigen Zeit noch immer nicht erreicht sind, zum Beispiel die Gleichberechtigung zwischen Mann und Frau oder Frieden in der Welt. An der Statue legten die Anwesenden Blumen nieder. Anschließend wurden die Ausstellungsräume, die Clara Zetkin gewidmet sind, besucht und es gab gute Gespräche bei Kaffee und Kuchen. Wir sprachen noch eine Einladung zu einer Veranstaltung am 20. Juli anlässlich Clara Zetkins 90. Todestages aus. Vielen Dank an die Mitglieder des Heimat- und Naturvereins Königshain-Wiederau, die mich bei der Organisation und Durchführung der Feier unterstützten.



Auch in diesem Jahr, das fünfte Mal in Folge, hat der Kreisverband DIE LINKE Mittelsachsen seinen „Alternativen Frauenpreis“ ausgeschrieben, und einige Vorschläge erhalten. „Die Entscheidung war wirklich nicht leicht, denn grundsätzlich verdient jedes gesellschaftspolitische Engagement unsere Anerkennung. Für uns als

DIE LINKE Mittelsachsen ist es aber ein großes Anliegen, eine Frau, stellvertretend für alle Frauen in Mittelsachsen, mit unserem Preis auszuzeichnen. In diesem Jahr teilen sich zwei Frauen den mit 500,- Euro dotierten Preis der LINKEN Mittelsachsen und werden für ihr ehrenamtliches Engagement gewürdigt“ sagt Marika Tändler-Walenta.



SILKE WEISE kommt aus Hartha und ist seit 1987 bei der Stadtverwaltung beschäftigt. Sie bekleidet die Funktionen als Frauenbeauftragte, Gleichstellungsbeauftragte und ist Personalratsmitglied. Sie engagiert sich seit vielen Jahren ehrenamtlich in zahlreichen Bereichen für die Stadt Hartha und deren Bürger:innen“, so Herr Richter von der Interessengemeinschaft „Wir für ein schönes Hartha“, der den Vorschlag eingebracht hat. Frau Weise ist Gründungsmitglied der Harthaer Heimatfreunde e.V. und seit 2004 die Vorsitzende des Vereins. Zudem ist sie Mitglied im Schulförderverein und dem Freundeskreis Hartha – Waldheim – Leisnig.

IVONNE POHL lebt in Dittmannsdorf. Sie engagiert sich im Elternrat und setzt sich dort sowohl gegen die Erhöhung der Gebühren in Kita und Hort als auch für die Forderung eines kostenfreien Mittagessens für die Kinder ein. Zudem ist sie im Geringswalder Kulturverein aktiv und organisiert in diesem Zusammenhang Veranstaltungen wie das alljährliche Fest zum 1. Mai und den Geringswalder Weihnachtsmarkt.



ZUM SCHMUNZELN

Ich freue mich, wenn es regnet, denn wenn ich mich nicht freue, regnet es auch.

KARL VALENTIN

Humor ist der Knopf, der verhindert, dass uns der Kragen platzt.

JOACHIM RINGELNATZ

In unserer Februar-Ausgabe druckten wir das „Manifest für den Frieden“, initiiert von Alice Schwarzer und Sahra Wagenknecht ab. Es wurde am 10. Februar veröffentlicht und ist inzwischen von etwa 750.000 Bürgern unterzeichnet worden. Aufgerufen wurde zu einer Kundgebung am 25. Februar am Brandenburger Tor unter dem Motto „Aufstand für den Frieden“ als Anfang einer breiten Bürgerbewegung für den Frieden. Der Parteivorstand der LINKEN reagierte offiziell nicht auf das Manifest und die Kundgebung. Am 16. Februar fasste er einen Beschluss zum Jahrestag des Einmarsches russischer Truppen in die Ukraine, den wir im folgenden dokumentieren, wie auch eine Erklärung der beiden Parteivorsitzenden Janine Wissler und Martin Schirdewan vom 24. Februar sowie einen Beschluss des Parteivorstands vom 11. März als Aufruf an die Mitglieder und Sympathisant*innen zur Teilnahme an den Ostermärschen 2023.

Beschluss des Parteivorstands vom 16. Februar zum Jahrestag des Einmarsches russischer Truppen in die Ukraine

Am 24. Februar jährt sich der Einmarsch russischer Truppen in die Ukraine. Millionen Menschen sind auf der Flucht, Hunderttausende haben bereits ihr Leben verloren. Die Zivilbevölkerung leidet unter den Auswirkungen des Krieges, in dem russische Truppen gezielt Infrastruktur zerstört haben. Es muss alles dafür getan werden, damit dieser Krieg schnell endet. Wir stehen zum Selbstverteidigungsrecht der Ukraine und fordern den sofortigen Rückzug der russischen Truppen. Zugleich lehnen wir den militaristischen Tunnelblick der Bundesregierung ab und stehen für zivile Alternativen zu einem langen Abnutzungskrieg, zur Eskalation von Waffenlieferungen und Aufrüstung. Davon profitieren vor allem die Rüstungskonzerne. Viele Menschen haben indes Angst vor einer weiteren Eskalation des Krieges über die Ukraine hinaus.

In Teilen der westlichen Regierungen und Militärs wird inzwischen neben der Zurückweisung des Angriffskriegs das eigenständige Ziel verfolgt, den Krieg zur langfristigen militärischen Schwächung Russlands zu nutzen. Eine solche Zielverschiebung lehnen wir ab.

Es ist dringend nötig, dass die Bundesregierung sich von dieser Konfrontationspolitik abgrenzt und ernstgemeinte diplomatische Bemühungen unternimmt um gemeinsam mit Brasiliens Präsident Lula und Ländern wie China, Russland an den Verhandlungstisch zu bringen. Dazu hat die Linke bereits im Dezember einen konkreten Fahrplan zur Deeskalation vorgeschlagen. Auch die Möglichkeit gezielter Sanktionen gegen Putins Machtbasis, gegen seine Oligarchen und den militärisch-industriellen Komplex müssen endlich konsequent genutzt werden, auch wenn das Vermögende und Unternehmen hierzulande stört. Es ist überfällig, dass Deserteure und Kriegsdienstverwei-



gerer unbürokratisch geschützt werden und Asyl erhalten.

Am Wochenende um den Jahrestag des russischen Angriffes rufen wir zu Protesten für einen Waffenstillstand und Friedensverhandlungen, gegen den Angriffskrieg Russlands sowie gegen das Aufrüstungsprogramm der Bundesregierung auf, um die Position der LINKEN bundesweit in die Öffentlichkeit zu tragen. Hierbei ist für uns klar, dass Frieden und Antifaschismus zusammengehören: Nie wieder Krieg, nie wieder Faschismus. In diesem Sinne haben Rechte hier keinen Platz. Russland muss seine Truppen aus der Ukraine zurückziehen, zugleich muss die Bundesregierung die

Eskalationsspirale durchbrechen, es braucht zivile Alternativen zur Militarisierung und Aufrüstung. Dass einige Vertreter von Bundesregierung & Medien einfach alle, die - wie Jürgen Habermas - vor einer weiteren Eskalation warnen und diplomatische Initiativen fordern, öffentlich denunzieren, ist Ausdruck einer Verrohung der öffentlichen Debatte. Das schadet einer nötigen demokratischen Diskussion und dem Nachdenken über Auswege aus dem Krieg. Wir weisen diese Diffamierungen zurück. Unsere Gesellschaft braucht mehr, nicht weniger Debatte über zivile Alternativen. Wir stehen dabei für eine Friedenspolitik, die Demokratie und Völkerrecht verpflichtet ist und sich klar gegen rechts abgrenzt.



aus gleichem Anlass erklärten die beiden Vorsitzenden Janine Wissler und Martin Schirdewan am 24. Februar:

„Vor einem Jahr überfielen russische Truppen die Ukraine. Seitdem sind Millionen Menschen auf der Flucht, Hunderttausende haben ihr Leben verloren. Viele Menschen, die nicht geflohen sind, leben ohne Strom und fließend Wasser, weil Russland die ukrainische Infrastruktur bombardiert. Den Menschen in der Ukraine gilt unsere Solidarität. Die Not und das Töten müssen beendet werden, die Menschen in der Ukraine brauchen eine Perspektive auf Frieden.“

Deshalb fordern wir den Präsidenten Russlands auf, seine Truppen aus der Ukraine abziehen und diesen Krieg zu beenden. Kriegsverbrechen müssen konsequent verfolgt werden. Gleichzeitig muss der Kurs der Bundesrepublik und der NATO, immer mehr und immer schwerere Waffen in die Ukraine zu liefern, durchbrochen werden, damit dieser Krieg ein Ende findet. Dieser militärische Tunnelblick ist brandgefährlich. Nach der Zusage von Kampfpanzern werden bereits Kampfflugzeuge gefordert. Bisher hat die Bundesregierung noch jede rote Linie eingerissen. Es braucht einen Ausweg aus dieser Spirale des Schreckens.

Wenn nicht versucht wird, diplomatische Lösungen zu finden, bedeutet das einen langen Abnutzungskrieg mit offenem Ausgang, unter der ständigen Drohung einer weiteren Eskalation bis hin zum Einsatz nuklearer Waffen. Bereits erfolgreiche Verhandlungen wie das Getreideabkommen oder die Verhandlungen über Gefangenenaustausche können ein Türöffner für Verhandlungen über Schutzzonen um Atomkraftwerke, Schulen oder Krankenhäuser werden. Auf kleine Schritte können große folgen.

Statt immer mehr Waffen braucht es gezielte Sanktionen gegen die russische Machtelite und Russlands militärisch-industriellen Komplex und damit gegen dessen Fähigkeit zur Kriegsführung. Die vorhandenen Sanktionen werden bisher nur halbherzig umgesetzt. Insbesondere die Sanktionen gegen Oligarchen, die Putin stützen, werden in Deutschland überhaupt nicht konsequent umgesetzt, weil die Vermögenstransparenz fehlt und das Auffinden von Vermögenswerten der Oligarchen kaum gelingt.

Wir fordern die Bundesregierung auf, sich stärker für Unterstützung der Ukraine durch humanitäre Nothilfe, für einen Schuldenschnitt, für Wiederaufbauhilfe und für die Aufnahme von Geflüchteten einzusetzt. Wir fordern darüber hinaus die Aufnahme von russischen Deserteuren. Sich der Teilnahme an einem Krieg und dem Töten zu verweigern, ist der stärkste und mutigste Einsatz für den Frieden, den ein vom Kriegsdienst eingezogener Mensch leisten kann.“

russlands gegen die ukraine

Beschluss des Parteivorstands vom 11. März zu den Ostermärschen in diesem Jahr

DIE LINKE ruft alle Mitglieder sowie Sympathisantinnen und Sympathisanten der Partei auf, sich 2023 an den Ostermärschen und Aktionen der Friedensbewegung zu Ostern zu beteiligen.

Russland führt einen verbrecherischen Angriffskrieg. Die Lieferung von immer mehr und immer schwereren Waffen wird diese nicht beenden. Dieser Krieg ist zu einem grausamen Abnutzungskrieg geworden, in dem tagtäglich hunderte Soldaten auf beiden Seiten sterben. Das Sterben muss beendet werden. Der Gefahr einer weiteren Eskalation des Krieges über die Ukraine hinaus entgegengetreten werden.

Wir wollen eine starke Friedensbewegung auf die Straße tragen, die an der Seite der Angegriffenen steht, sich gegen Eskalation und Militarisierung stark macht, zivile Alternativen zur Aufrüstung aufzeigt und inhaltlich wie praktisch eine klare Kante gegen rechts zeigt.

Für uns gilt der Schwur von Buchenwald, dass die Forderungen „Nie wieder Krieg“ und „nie wieder Faschismus“ zusammengehören. In dieser antifaschistischen Tradition steht unsere Partei. Wir fordern einen sofortigen Waffenstillstand und eine diplomatische Initiative für anschließende Friedensverhandlungen, zusammen mit europäischen und nicht-europäischen Staaten, z.B. Brasilien. Dadurch soll ein Rückzug der russischen Truppen erreicht, die Souveränität, territoriale Integrität und Sicherheit der Ukraine wiederhergestellt werden. Deeskalation bedeutet auch einen sofortigen Stopp der Waffenlieferungen und keine weitere Osterweiterung von NATO.



Dafür werden die Parteigliederungen aufgerufen, in demokratischen Bündnissen aktiv zu werden. Die Bundesregierung verliert sich in einem militärischen Tunnelblick. Die vor einem Jahr von Bundeskanzler Scholz proklamierte „Zeitenwende“ ist die falsche Reaktion auf den Krieg. Die Welt bewegt sich auf eine neue Qualität konfrontativer Politik zu, in der Vormachtstellungen immer schneller auch mit militärischen Mitteln durchgesetzt werden. Für die Bekämpfung der Klimakatastrophe, die nur mit internationaler Kooperation gelingen kann, eröffnet diese verschärfte Blockkonfrontation düstere Aussichten. Das Sondervermögen ist das größte Aufrüstungsprogramm seit dem Zweiten Weltkrieg. Der neue Verteidigungsminister Boris Pistorius verlangt sogar, das Sondervermögen von 100 auf 300 Mrd. EUR zu erhöhen. NATO-Staaten sollen nach Vorstellungen einiger Politiker*innen zukünftig das 3-Prozentziel für Militärausgaben in den nationalen Haushalten anstreben. Mehr Waffen machen die Welt nicht sicherer. Im Gegenteil. Initiativen zur Abrüstung im nuklearen und konventionellen Bereich und eine solidarische Weltwirtschaftsordnung sind Schritte hin zu einer friedlichen Welt. Dafür engagieren wir uns und gehen Ostern gemeinsam mit der Friedensbewegung im ganzen Land auf die Straßen und Plätze.

Weitere aktuelle Beschlüsse des Parteivorstands

- Nein zur Verschärfung der europäischen Abschottungspolitik - Für eine menschliche Asyl- und Migrationspolitik (11. März 2023)
- Kindergrundsicherung (11. März 2023)
- Menschen entlasten & in die Zukunft investieren - Ein Sofortprogramm für Umverteilung (11. Februar 2023)

mitgliederversammlung des ortverbandes flöha

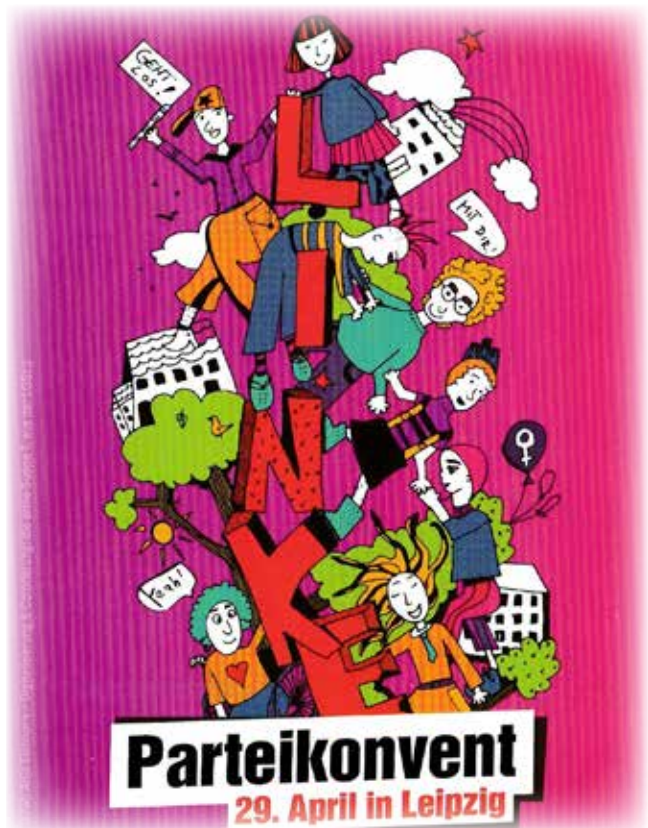
Die Mitglieder des Ortsverbandes Flöha trafen sich am 14. März zu ihrer turnusmäßigen Mitgliederversammlung im Gartenlokal „Rosenheim“ in Flöha. Als Gast begrüßten sie den Landesgeschäftsführer **LARS**



KLEBA. Dieser sprach sehr kritisch über den gegenwärtigen Zustand unserer Partei, vor allen im Bund. Weiterhin informierte er über die wichtigsten Termine des Landesverbands in diesem Jahr. Als nächster wichtiger Termin steht der Parteikonvent auf der Tagesordnung, der am 29. April in Leipzig stattfindet. Weiterhin im Mittelpunkt: Die nächsten Schritte in Vorbereitung des Kreis- und Ortsverbandes auf das Super-Wahljahr 2024 und die aktive Teilnahme der LINKEN am Volksantrag von ver.di mit dem Ziel, den Internationalen Frauentag in Sachsen nach dem Beispiel von Berlin und Mecklenburg-Vorpommern zum Feiertag zu erklären.

In der nachfolgenden angeregten Debatte standen der Streit der Parteiführung in Berlin, besonders die Auseinandersetzung mit Sahra Wagenknecht und die Gefahr einer Spaltung der Partei im Mittelpunkt. Lars Kleba verwies auf die spürbar gewachsene Zahl an Austritten aus der Partei. Diese seien entweder darauf zurückzuführen, dass man Positionen von Sahra Wagenknecht nicht teile und sie nicht in DIE LINKE gehöre, oder dass man andererseits den Umgang mit ihr ablehne.

einladung zum parteikonvent am 29. april in leipzig



Als LINKE sind wir mehr denn je gefordert unsere politische Praxis zu hinterfragen, zu schärfen und neue Perspektiven für linke Politik in Sachsen zu finden. Welche Rolle haben wir, wie gehen wir mit Unterschieden um und wie lassen sich unterschiedliche Ansätze so verbinden, dass das Gemeinsame im Vordergrund steht.

Wann? Samstag, 29. April, von 10 bis 17 Uhr

Wo? VDI Garage, 04229 Leipzig, Karl-Heine-Straße 97

Anmeldung: Ist nötig und möglich auf dielinke-sachsen.de/konvent

Anreise: Eine Anreise mit öffentlichen Verkehrsmitteln oder das Bilden von Fahrgemeinschaften wird wegen fehlender Parkkapazitäten dringend empfohlen.

Der erste Kreistag dieses Jahres fand am 8. März wieder in der Harth – Arena in Hartha statt. Anlässlich des Internationalen Frauentages hat der Landrat jeder Kreisrätin eine Rose überreicht. Ich finde, eine schöne Geste.

Schwerpunkt der „Informationen des Landrates“ war der Bericht der Stabsstelle „Ausländer- und Asylangelegenheiten“. Das nutzte die AfD-Fraktion, um Nachfragen zu Abschiebungen zu stellen, die von Ramona Nötzel, Leiterin der Stabsstelle, umfassend und ausführlich beantwortet wurden.

Die erste wichtige Vorlage war der **Entwurf des Doppelhaushaltes 2023/24**. Der Entwurf wurde von Dr. Christoph Trumpp, Leiter der Abteilung Finanzen und Controlling, verständlich vorgestellt und erläutert. Im Mittelpunkt stand dabei die Höhe der Kreisumlage, die ja durch die zunehmende finanzielle Schiefelage erneut angehoben werden musste. Im ersten Entwurf vom Dezember 2022 war für beide Jahre noch eine Erhöhung um 31,25 Prozent vorgesehen. Nach Anhörung der Kommunen sind jetzt für das Jahr 2023 30,5 Prozent und für das Jahr 2024 30,9 Prozent geplant. Damit bleibt der Landkreis unter den Forderungen der Landesdirektion.

In der anschließenden Diskussion habe ich für unsere Fraktion erklärt, dass wir erstmalig dem Beschlussentwurf für einen Kreishaushalt zustimmen werden. Ein wichtiger Grund dafür ist, dass wir wie auch andere Fraktionen davon ausgehen, dass die Ursachen für die finanziellen Probleme, von denen alle Landkreise im Freistaat betroffen sind, bei den Regierungen in Berlin und Dresden liegen. Dazu kommt, dass den Verwaltungen immer Aufgaben übertragen werden, diese aber nicht einmal in der Lage sind, wegen fehlender Finanzen die offenen Stellen zu besetzen. Ich habe die anderen Fraktionen aufgefordert, bei den Kollegen im Landtag mit Nachdruck darauf hinzuwirken, dass das Finanzausgleichsgesetz des Freistaates entsprechend geändert wird. Dabei sollten die Forderungen der Dienstleistungsgewerkschaft ver.di nach mehr Lohn für die Beschäftigten mit berücksichtigt werden. Bei der Abstimmung zeigte sich, dass unsere Zustimmung für die Erhaltung der Handlungsfähigkeit der Kreisverwaltung wichtig war, denn fast die komplette AfD-Fraktion stimmte gegen den Doppelhaushalt!

In der nächsten wichtigen Vorlage ging es um den Beitritt des Landkreises in den Verein des Sächsischen Innovationsclusters „HZwo e.V.“ Dieses Innovationscluster betreut die Themen **Brennstoffzellen und grüner Wasserstoff** und ein umfassendes Wertschöpfungsnetzwerk im Freistaat. Im Mittelpunkt steht dabei die Profilierung der Region Chemnitz

als Wasserstoff-Modellregion. Ziel ist die Etablierung regionaler Wertschöpfungsketten für Erzeugung und Bereitstellung von grünem Wasserstoff als Beitrag zum Klimaschutz. Dagegen polemisierte die AfD-Fraktion mit umfangreichen Beiträgen. Bei der Abstimmung war die komplette Fraktion als einzige dagegen.

Danach ging der Landrat unangekündigt ans Mikrofon und stellte seine Vision 2040 für den Landkreis vor. Prompt wurde er vom Chef der Fraktion CDU/RBV, Herrn Woidniok, dafür kritisiert, dass so etwas auf die Tagesordnung gehört und vorberaten werden sollte. (siehe zur Agenda die untenstehenden aktuellen Hinweise)

Für uns war die Beratung **unseres Antrages, einen Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Kultur zu bilden**, viel wichtiger. Torsten Bachmann hat den Antrag sehr sachlich und dezidiert begründet. Die Verwaltung hatte in ihrer Stellungnahme erklärt, sich dazu eines Votums zu enthalten. Ungeachtet dessen hat der Landrat seinen Justiziar vorgeschickt, der eine längere Erklärung abgab, warum der Antrag abgelehnt werden sollte! Zudem hatte die Fraktion „Freie Wähler“ einen Ersetzungsantrag eingebracht, mit dem die Verwaltung beauftragt werden sollte zu prüfen, wie die Aufgaben, wie sie in unserem Antrag standen, innerhalb der bereits bestehenden Ausschüsse verteilt werden können. Wir haben noch versucht, diesen Prüfauftrag auf die Bildung des beantragten Ausschusses zu erweitern, sind aber damit gescheitert, obwohl immerhin 23 Kreistagsmitglieder für unseren Antrag waren. Am Ende wurde der Antrag der „Freien Wähler“ beschlossen. Damit behält der Landkreis Mittelsachsen weiterhin sein trauriges Alleinstellungsmerkmal, der einzige Landkreis im Freistaat zu sein, der keinen Sozialausschuss hat!

Fast schon chaotisch wurde es dann beim Antrag der AfD „Die rote Linie ist erreicht – Abschiebeoffensive einfordern und Aufnahmestopp für Mittelsachsen aussprechen.“ Zunächst brachte die AfD einen Änderungsantrag dazu ein, nachdem sie bereits ihren ersten Antrag ersetzt hatten. Dann gab es noch eine Tisch-Vorlage der CDU/RBV Fraktion zum gleichen Thema. Am Ende gab es für keinen dieser Anträge eine Mehrheit. Sie wurden abgelehnt.

Auf der Tagesordnung stand noch ein nichtöffentlicher Teil. Dazu musste die Verwaltung schon um die Beschlussfähigkeit bangen, denn bis auf einen „Beobachter“ hatte die Fraktion der AfD die Sitzung geschlossen verlassen.

Die 19. Sitzung des Kreistages wird am 3. Mai in Mittweida stattfinden.

aktuelle information aus dem landratsamt

Zum Doppelhaushalt 2023/2024

Der Haushalt weist ein Volumen von rund 565 Millionen Euro in 2023 und 612 Millionen Euro in 2024 aus. Das Defizit für 2023 beträgt rund 26 Millionen Euro und für das Jahr 2024 rund 34 Millionen Euro. Als Hauptursachen für die Defizite werden die stark steigenden Sozialausgaben sowie die Kostensteigerung im Bereich des Öffentlichen Personennahverkehrs und die Energiepreisentwicklung genannt. Für den Breitbandausbau muss der Landkreis in die Vorfinanzierung gehen. Erst in den Folgejahren erfolgt eine Kostenerstattung.

Gegenüber dem im Dezember vorgelegten Entwurf des Haushaltes konnten Einsparpotentiale ausgemacht werden: Der Freistaat stellt ein Entlastungspaket im Umfang von 150 Millionen Euro zur Verfügung, sodass dadurch eine vollständige Kompensation der Mehrbelastungen aus dem „Wohngeld-Plus-Gesetz“ erreicht werden kann. Daraus ergeben sich auch Effekte für den Bereich Asyl. Dabei kann insbesondere von einer Verstärkung der Unterstützung für Ausgaben im Zusammenhang mit Geflüchteten aus der Ukraine erreicht werden. Es kann auch davon ausgegangen werden, dass die Strom-, Gas- und Wärmepreisbremsen auch für Kommunen Anwendung finden.

Dennoch bleibt unter dem Strich ein Fehlbetrag. Dazu erklärte der Landrat Dirk Neubauer, dass es dem Landkreis, wie allen anderen Landkreisen auch, nicht möglich ist, einen ausgeglichenen Gesamthaushalt vorzulegen. Das Minimalziel sei ein genehmigungsfähiger Haushalt. Es können keine neuen Rücklagen aufgebaut werden, man zehre von den Reserven.

Agenda 2030 des Landrates

Die von Landrat Dirk Neubauer entwickelte Agenda 2030 definiert Kernthesen und Haupthandlungsfelder, wie der Landkreis Mittelsachsen zukunftssicher gemacht werden soll. Die Agenda 2030 steht auf **vier zentralen Säulen**:

Digitalisierung: Die Digitalisierung der Verwaltung erfolgt in Zusammenarbeit mit den Städten und Gemeinden mit dem Ziel, modernes Arbeiten zwischen den Verwaltungen zu ermöglichen.

Nachhaltigkeit: Mittelsachsen soll Standort der erneuerbaren, nachhaltigen Wirtschaft werden. Für den Bereich erneuerbare Energien soll eine Plattform geboten werden, auf der sich Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft vernetzen können.

Mobilität: Gemeinsam mit dem Verkehrsverbund werden eine Neuordnung der Linien, eine bessere Vernetzung von Bus und Bahn sowie die Schaffung von RufMobilität angestrebt, damit Bürgerinnen und Bürger ein urbanes und modernes Mobilitätsangebot bekommen.

Ermöglichung: Das Modell des Kümmerns soll mittels der Stärkung der Eigeninitiative durch das des Ermöglichens ersetzt werden. Zugleich werden mehr Möglichkeiten geschaffen, Bürgerinnen und Bürger selbst in Verantwortung zu bringen.

Dirk Neubauer lädt alle Interessierten zum Mitgestalten ein. „Die Agenda erhebt weder den Anspruch auf Vollständigkeit noch auf Richtigkeit. Sie ist ein Ansatz.“

was stand vor 14 jahren im mittelpunkt der arbeit des kreisverbandes der mittelsächsischen linken ?

Im September 2021 haben wir unsere neue Serie unter dem Motto „Was damals geschah“ gestartet. Seitdem rufen wir unseren Leserinnen und Lesern Monat für Monat in Erinnerung, worüber die LinksWorte jeweils vor 14 Jahren berichteten und was die Schwerpunkte der politischen Arbeit damals waren.

Zur Erinnerung: Am 1. August 2008 trat in Sachsen eine „Verwaltungs-, Funktional- und Kreisgebietsreform“ in Kraft. Ihr wahrscheinlich bedeutendster Aspekt für die Bevölkerung: Die Bildung von zehn Landkreisen (aus ursprünglich 22) und drei kreisfreien Städten (aus ursprünglich sieben). Einer der zehn neu gebildeten Landkreise: der Landkreis Mittelsachsen, hervorgegangen aus den in der Kreisreform 1994/1996 gebildeten Landkreisen Döbeln, Freiberg und Mittweida. DIE LINKE sah die Reform von Anfang an sehr kritisch und lehnte sie deshalb ab, konnte sich aber - wie zu erwarten war - mit ihrer Auffassung nicht durchsetzen. Im Herbst 2007 wurde auf einer Delegiertenkonferenz in der „Räuberschänke“ Hartha der Vorstand des neuen Regionalverbundes aus den drei Kreisverbänden gewählt. Am 8. Juni 2008 fanden die Landrats-, Kreistags- und Bürgermeisterwahlen statt.

Heute beschäftigen wir uns mit der März-Ausgabe 2009 der „LinksWorte“. Im Editorial sprachen wir damals von der scheinbaren Ruhe vor dem Sturm. Als Sturm machten wir damals die Wahlen im „Superwahljahr 2009“ aus. Am 7. Juni des Jahres standen die Europa- und Kommunalwahlen, am 30. August die Landtagswahlen und am 27. September die Bundestagswahlen an. Mit der Gesamtmitgliederversammlung



des Kreisverbandes am 24. Januar 2009 wurde der Auftakt vollzogen. Darüber haben wir in unserer Februar-Ausgabe berichtet.

Am 2. März 2009 fand eine gemeinsame Beratung des Kreisvorstandes mit verantwortlichen Genossinnen und Genossen aus den Ortsverbänden statt. Dreh-

und Angelpunkt der angeregten Debatte war die inhaltliche und organisatorische Vorbereitung der Kommunalwahlen im Juni des Jahres. An der Sitzung nahm der damalige Landesgeschäftsführer und Wahlkampfleiter der sächsischen Linken, Rico Gebhardt, teil. In seinem kurzen einleitenden Statement hob der Kreisvorsitzende Achim Grunke

hervor, dass im mittelsächsischen Kreisverband nach der „Findungsphase“ Schritt für Schritt die neuen Strukturen zum Tragen kommen müssen. Wichtigstes Thema in der nachfolgenden Debatte war die Gewinnung von Bewerbern für die Mandate der LINKEN in den kommunalen Parlamenten. Zusammenfassend konnte konstatiert werden, dass mit Stand vom 2. März rund 130 Genossinnen und Genossen sowie parteilose Bürger ihre Bereitschaft erklärt hatten, zu den Stadt- und Gemeinderatswahlen zu kandidieren. Bis zu 160 wurden letztendlich angestrebt, was Rico Gebhardt als „guten Durchschnitt“ bezeichnete.



Im Zusammenhang mit dieser Beratung stellten wir den damaligen (und heutigen) Ortsvorsitzenden der Leisniger LINKEN, Kreisrat **DIETER KUNADT** vor.

Nachdem der mittelsächsische Kreistag im Herbst 2008 die wichtigsten Arbeitsdokumente beraten hatte, fand am 11. März 2009 die erste Sitzung im Jahr 2009 statt. In den „LinksWorten“ dokumentierten wir die Schwerpunkte der Kreistagssitzung und verdeutlichten den Standpunkt der Kreistagsfraktion, die in der Diskussion vom damaligen Fraktionschef Jens Stahlmann vorgetragen wurden. Im Mittelpunkt stand die Vorlage und Diskussion des Kreishaushaltes für das Jahr 2009 und -eigentlich nur ein zweitrangiges Thema - das künftige Kfz.-Kennzeichen für Mittelsachsen.



DAVID RAUSCH berichtete in der März-Ausgabe 2009 über die Teilnahme von ca. 70 Mitgliedern des Jugendverbandes solid aus Mittelsachsen an einer Protestdemonstration am 14. Februar 2009 gegen den Nazi-Aufmarsch anlässlich des Jahrestages der Zerstörung der Dresdner Innenstadt durch anglo-amerikanische Luftangriffe. Auf dem Bild David Rausch mit den damaligen MdL der LINKEN **ELKE ALTMANN** und **FREYA-MARIA KLINGER** bei einer Anti-Nazi-Demo in Burgstädt.

Weitere Themen der LinksWorte vom März 2009

- **PETRA STEIDTEN** berichtete von der Frauentagsfeier in der Clara-Zetkin-Gedenkstätte in Wiederau.
- Wir stellten **DR. JANA PINKA** vor, die sich auf der Kreismitgliederversammlung im Januar 2009 für einen vorderen Listenplatz für die Landtagswahl am 30. August 2009 empfahl.
- Die ersten Kommunaltage des Landrates **VOLKER UHLIG** begleiteten wir in Wort und Bild und mit kritischem Blick. Der dritte Kommunaltag führte den Landrat nach Bockelwitz mit seinen 28 Ortsteilen. Seit 2012 ist Bockelwitz Ortsteil von Leisnig. Seitdem umfasst Leisnig neben dem Kernort 40 weitere Ortsteile.



Als den fünften in unserer Serie „mittelsächsischen Knüller“ stellten wir Wechselburg, die Perle des Muldentales mit dem Benediktinerkloster vor. Unvergleichliches Kleinod des Wechselburger Kloster-Ensembles ist die Basilika, die katholische Stiftskirche aus dem 12. Jahrhundert. Der Lettner der Basilika ist eines der herausragenden Zeugnisse deutscher Kunst des 13. Jahrhunderts. Leider ist das größte Bauwerk des Ensembles, das Wechselburger Schloss, weiter dem Verfall preisgegeben.

debatte um geschlechtergerechtigkeit im landesverband

Am 8. März begingen wir - wie alljährlich - den Internationalen Frauentag. Wir informieren auf Seite -3- über die ebenfalls jährlich im Geburtsort von Clara Zetkin in Wiederau stattfindende Feierstunde sowie über die Verleihung des Alternativen Frauenpreises des Kreisverbandes der LINKEN.

In unserem Titelthema -3- wollen wir - ausgehend von der Beschlussfassung in der Sitzung des Landesvorstands vom 3. März - ausführlicher auf das Thema „Frauenförderung und Gleichstellung“ eingehen.

Auf seiner Sitzung am 3. März bestätigte der Landesvorstand den **Gleichstellungsbericht** und hat einen **Frauenförderplan** zur Kenntnis genommen. Beide Berichte können auf der Webseite des Landesverbandes nachgelesen werden.

Neben der Wertung der bisherigen Maßnahmen zur Herstellung von Geschlechtergerechtigkeit wurden die Strukturen im Landesverband auf den Prüfstand gestellt. Am 14.11.2022 waren im Landesverband Sachsen 6.635 Mitglieder registriert. Davon sind 3.809 (57 Prozent) männlich und 2.826 (43 Prozent) weiblich. Das Geschlechterverhältnis in den Kreisverbänden ist relativ ausgewogen, wenngleich Leipzig, Dresden und Bautzen mit ca. 60 Prozent mehr männliche Mitglieder verzeichnen. Bei den Eintritten konnte zwar ein leichter Trend zu mehr weiblichen Mitgliedern verzeichnet werden. Allerdings kommen auf zwei männliche Mitglieder immer noch nur eine Frau. In vielen Kreisen, ganz zu schweigen in den Ortsverbänden, kann die Geschlechterquotierung in den Vorständen nicht bzw. nicht mehr eingehalten werden.

Analysiert werden die Fragen der Vereinbarkeit von Familie-Beruf-Ehrenamt in der Linken sowie die, wie familienfreundlich derzeit die Linke ist. Eine weitere Frage ist die nach der Doppelbelastung weiblich gelebter Mitglieder und die Auswirkungen auf die Partizipation, besonders im Hinblick auf die nächsten Wahlen.

Erörtert wird die Frage, warum geschlechtsspezifische Diskriminierung, Sexismus und Ausgrenzung ein Thema in unserem Parteileben sein muss. Grundlegende Orientierungen geben die Richtlinie zum Antisexismus und unterstützen die Arbeit der Vertrauenspersonen im Landes- und in den Kreisverbänden. Auf unserem Kreisparteitag wurde **TOBIAS KRAUSE** als Vertrauensperson vorgestellt.

Abschließend wird eingeschätzt, dass die LINKE Sachsen wie kaum ein anderer Landesverband eine wichtige übernommen hat, wenn es um eine Auseinandersetzung mit Sexismus & Geschlechterungerechtigkeit in den eigenen Reihen geht. Das ist eine überaus positive Entwicklung und wichtiger Motor für eine grundlegende Auseinandersetzung mit patriarchalen Strukturen in der LINKEN. Nichtsdestotrotz müssen begonnene Projekte weitergeführt, evaluiert und überprüft werden.

Die zehn umfangreich erörterten Punkte des Frauenförderplans werden abschließend in einem „**Zehn-Punkte-Plan für ein frauen*/finta*freundliches Klima in unserer Partei!**“ zusammengefasst!

1. Sichtbarkeit und Neumitgliedergewinnung durch queer- feministische Aktionen!
2. Bündnisse eingehen und stark machen!
3. Aktive Teilnahme aller Genoss*innen an der Bündnis- Unterschriftenaktion zum Volksantrag „Frauentag für alle“ .
4. „Sorgearbeit“ diskutieren und verhandeln!
5. Frauen*/Finta*- (Neu-)mitgliedertreffen in den Stadt- und Kreisverbänden regelmäßig realisieren!
6. Schaffung eines landesweiten Netzes von Vertrauenspersonen!
7. Eine geschlechtergerechte und nicht- sexistische Sprache in der Partei!
8. Verpflichtende Teilnahme an Antidiskriminierungs- Workshops für alle Amtsinhaber*innen und Mandatsträger*innen.
9. Klima der gegenseitigen Anerkennung und Wertschätzung leben!
10. Die konsequente Umsetzung der antisexistischen Leitlinien



Der 8. März soll auch in Sachsen Feiertag werden!

Seit dem 12. November 2022 und bis zum 31. August dieses Jahres sammelt DIE LINKE als Teil eines großen Bündnisses von Gewerkschaften, politischen Parteien, Jugendorganisationen, dem Genderkompetenzzentrum Sachsen, dem Landesfrauenrat und der Arbeiterwohlfahrt Unterschriften für den Volksantrag „Frauentag für alle!“

In 26 Ländern der Erde ist der Internationale Frauentag am 8. März bereits gesetzlicher Feiertag. In Berlin ist das auch auf Initiative der LINKEN seit 2019 der Fall, in Mecklenburg-Vorpommern seit diesem Jahr.

Warum soll der 8. März Feiertag werden?

- Ein Feiertag **nutzt allen in der Gesellschaft**, zur Pflege sozialer Kontakte und für gemeinsame Unternehmungen. Er stärkt den sozialen Kitt, unterstützt die Gesundheit und das Wohlbefinden aller.
- Nach wie vor ist der **8. Mai ein wichtiges politisches Zeichen**. Formal sind Frauen in Deutschland zwar gleichberechtigt, praktisch sind sie es noch lange nicht: schlechtere Jobs und schlechtere Bezahlung, weniger Aufstiegschancen im Job, Altersarmut, ungleiche Verteilung der Sorge-Arbeit - all das gehört zum Alltag.
- Dieser Feiertag wäre auch in Sachsen ein **Akt der Solidarität**, der Achtung und der Empathie an die Frauen und ihre Lebensleistungen.
- Nicht zuletzt soll dieser Feiertag auch ein **stärkerer politischer Aktionstag** für Gleichstellung und internationale Frauenrechte sein.

Jetzt für den Feiertag unterschreiben!

- In der Kreisgeschäftsstelle und den Bürgerbüros in Döbeln, Mittweida und Rochlitz.
- Im Bekanntenkreis mit den Unterschriftsbögen Unterschriften sammeln (auf einem Bogen sind fünf Unterschriften möglich) und in unseren Büros abgeben.

Zu den in den Bürgerbüros in Döbeln und Mittweida angebotenen Beratungen durch Kati Voigt bzw. Rebecca Lange ist inzwischen ein Flyer erarbeitet verteilt worden. Sie bieten auch telefonische Beratungen an. Kati und Rebecca haben dafür extra eine Weiterbildung absolviert.

Der Landkreis mittelsachsen und die eisenbahn - teil - 1-

von **Hans Weiske**

Seit unserer LinksWorte-Ausgabe vom Juni 2020 berichten wir regelmäßig über den Stand der Debatte um die Reaktivierung von Eisenbahnstrecken. Ich bin am 2. März unter dem Motto „Wenn einer eine Reise macht, dann kann er was erzählen“ von Flöha aus auf eine Eisenbahn-Rundreise über Chemnitz, Leipzig, Döbeln, Meißen und Dresden und zurück nach Flöha gegangen. Mich interessierte vor allem, wie sich die aktuelle Lage auf dem im Jahr 2015 stillgelegten Abschnitt zwischen Döbeln und Meißen darstellt, der auf der „Bahn-Reaktivierungsliste“ der sächsischen Staatsregierung ganz oben steht. Unser Bericht über meine Rundreise zeigt, dass das Ergebnis ernüchternd war.

Die Bahntour war für mich Veranlassung, ähnliches für den April und Mai einzuplanen. Im April sehe ich mir das Chemnitzer Modell und den ehemaligen Eisenbahnknoten Rochlitz an, im Mai die Strecken zwischen Chemnitz und Freiberg sowie Freiberg und Holzhau. Darüber berichten wir im April bzw. Mai an dieser Stelle.



Ausschnitt aus dem Streckennetz der Königlich Sächsischen Staatseisenbahnen von 1902. Wir haben für unsere kleine Serie diese Karte ausgewählt, da die ersten Jahre des vergangenen Jahrhunderts vor dem Beginn des Automobilzeitalters die Blütezeit der Eisenbahn verkörperten. In unserem Ausschnitt ist die Bahnstrecke Borsdorf-Coswig (früher bezeichnet als „zweite Leipzig-Dresdner Eisenbahn“) zwischen Großbothen und Coswig dargestellt. Auf dem Territorium des heutigen Landkreises Mittelsachsen führte sie u.a. durch die farbig hervorgehobenen Städte Leisnig, Döbeln (hier gekreuzt von der Strecke Riesa-Chemnitz) und Rosswitz (hier mündete die Strecke von Chemnitz über Niederwiesa, Frankenberg und Hainichen ein).

wenn einer eine reise macht ...

Ich startete meine Eisenbahn-Tour am Vormittag des 2. März mit einem Sachsen-Ticket für eine Person: Kostenpunkt: 27 Euro. Bedingung ist, dass die Fahrt erst nach 9 Uhr angetreten wird. Dafür ist das Ticket bis zum kommenden Tag 3 Uhr gültig, was wahrscheinlich kaum jemand nützt. Ich startete mit einem modernen Zug der Mitteldeutschen Regiobahn (MRB) exakt 09:11 Uhr am Haltepunkt Falkenau/Süd der Strecke Dresden-Chemnitz. Nach dem Umsteigen in Chemnitz Hbf ging es 09:31 Uhr weiter nach Leipzig Hbf. Auf dieser Strecke fährt die MRB mit Waggonen der früheren Deutschen Reichsbahn aus DDR-Zeiten, die weder barrierefrei noch klimatisiert sind. Das wird sich ab Ende dieses Jahres mit dem Einsatz von insgesamt elf batterieelektrische Züge auf der 81 Kilometer langen Strecke ändern. Dazu mehr im Teil -2- unserer Serie im April. Dann auch zum Streckenabschnitt von Chemnitz bis Burgstädt, der inzwischen auch von der Linie C13 des Chemnitzer Modells befahren wird.

In Leipzig habe ich mir Zeit für einen Stadtbummel und ein Mittagessen im Hauptbahnhof, dem „Shopping-Zentrum mit Bahnanschluss“ genommen. Dann ging es 13:06 Uhr mit der MRB dieselgetrieben weiter nach Döbeln - Fahrzeit 1 Stunde, 11 Minuten. Zunächst fährt die Strecke von Leipzig Hbf bis Borsdorf über die Schnellfahrstrecke Leipzig-Dresden, zweigt dort nach

Südosten ab und führt - wie der obigen historischen Karte zu entnehmen - über Grimma, Großbothen (hier kreuzte die Muldentalbahn Glauchau-Wurzen) und Leisnig nach Döbeln. Es war eine angenehme Fahrt in einem nur mäßig besetzten Zug. In dem im Sommer 2020 beschlossenen „Strukturstärkungsgesetz Kohleregion“ ist die Erarbeitung einer Machbarkeitsstudie zur Elektrifizierung des Abschnitts zwischen Borsdorf und Döbeln vorgesehen. In Zukunft sollen hier Wasserstoffzüge verkehren.



Auf dem Leipziger Hauptbahnhof steht die moderne dieselbetriebene Regionalbahn 110 der Mitteldeutschen Regiobahn MRB abfahrtsbereit zur Fahrt nach Döbeln über Borsdorf, Grimma, Großbothen und Leisnig.

In Döbeln begann das Experiment „Weiterfahrt im Schienenersatzverkehr nach Meißen“. Ich habe im digitalen „DB Navigator“ der Deutschen Bahn nach den Verbindungsangeboten zwischen Döbeln und Meißen gesucht und zwei Angebote erhalten: Entweder mit der Bahn nach Riesa und von dort mit dem Bus nach Meißen oder mit dem PlusBus 750 Döbeln-Freiberg zunächst nach Nossen und am dortigen Markt in den Bus 418 nach Meißen umsteigen. Vorgesehene Fahrzeit: 1h 30 Minuten.

Das Abenteuer begann. Die Umstiegszeit am Hbf Döbeln vom Zug zum PlusBus 750 war mit drei Minuten knapp bemessen, aber es klappte problemlos. Mein Sachsen-Ticket war gültig. Den Bus nutzten nur wenige Fahrgäste, in der Mehrzahl Schüler. In Rosswitz leerte sich der Bus noch mehr. Der Anschluss am Markt in Nossen funktionierte nicht (es waren nur zwei Minuten Umstiegszeit vorgesehen und wir hatten eine kleine Verspätung, außerdem liegen die Abfahrtsstände am Markt Nossen in den beiden Fahrrichtungen um mindestens 200 Meter voneinander entfernt). Überhaupt: In Nossen beschleicht den Eisenbahnfreund ein Gefühl der Nostalgie, wenn er mit dem Bus den Bahnhof passiert, von dem einst Bahnlinien in alle Himmelsrichtungen ausgingen, an dem aber seit 2015 fast nichts mehr passiert,



Das nach der Einstellung des Personenverkehrs zwischen Döbeln und Meißen-Triebischtal konzipierte neue „Busnetz Nossen“ mit dem PlusBus 750 Döbeln-Freiberg.

außer den Aktivitäten der Eisenbahnfreunde von der Interessengemeinschaft Dampflok Nossen e.V. Der nächste Bus nach Meißen fuhr eine knappe halbe Stunde später und ich hatte fast das Exklusivrecht als Alleinfahrer durch das landschaftlich reizvolle Triebischtal. Zwei Schüler fuhren noch mit, die aber bald ausstiegen. Kurz hinter Nossen wurde die Tarifgrenze zwischen dem Verkehrsverbund Mittelsachsen (VMS) und dem Verkehrsverbund Oberelbe (VVO) durchfahren. Der Busbahnhof in Meißen liegt direkt am Bahnhof, der diese Bezeichnung eigentlich nicht verdient hat. Nur die S-Bahn-Linie von Meißen-Triebischtal nach Dresden verkehrt. Insgesamt war ich zwischen Döbeln und Meißen etwa zwei Stunden unterwegs - ein Unding.

Der Rest meiner Tour ist schnell erzählt. Ich fuhr mit der S-Bahn über Coswig (hier bindet die ehemalige Linie Borsdorf-Coswig wieder in die Schnellfahrstrecke Leipzig-Dresden ein) zum Dresdner Hauptbahnhof, gönnte mir einen kleinen Stadtbummel und ein Abendessen in der Landeshauptstadt und kehrte mit dem Regionalexpress RE 3 der MRB nach Flöha zurück.

Mein Fazit: Die Fahrt von Döbeln nach Meißen mit dem Bus oder per Bahn bzw. Bus nach Riesa kann man nur als Hobby betreiben. Außer mir machen das bestimmt nur wenige. Am ehesten will man doch von Döbeln direkt nach Dresden. Da hätte man die Möglichkeit, nach dem Umstieg in Nossen mit dem Bus direkt nach Dresden weiterzufahren. Oder mit dem PlusBus von Döbeln nach Freiberg und von dort mit der Bahn nach Dresden. Das alles ist keine Alternative zum Auto!

Sollte es wirklich gelingen, wie angedacht, wieder eine Regiobahn zwischen Döbeln und Dresden über Meißen fahren zu lassen, müsste diese meines Erachtens am Bahnhof Meißen durchgebunden und nicht gebrochen werden. Aus Effektivitätsgründen und Zeitersparnis für die Reisenden sollte die künftige RE 11 nur noch Döbeln, Rosswitz, Nossen, Meißen,

über die allgemeinen prinzipien des völkerrechts

von ACHIM GRUNKE

Im Zusammenhang mit dem Krieg in der Ukraine wird immer wieder auch nach den allgemeinen Prinzipien des Völkerrechts gefragt: um welche Prinzipien geht es hier und wie steht es um ihre Einhaltung. Grundlegende Quelle des modernen Völkerrechts ist die Charta der Vereinten Nationen, unterzeichnet von 50 Gründerstaaten am 25. Juni 1945 (UNO-Charta). Bei der Abfassung der Charta spielte Immanuel Kants Schrift „Zum ewigen Frieden“ (1795/96) eine nicht unbedeutende Rolle. In Artikel 1 der Charta stellte sich die UNO nach den schrecklichen Erfahrungen des eben geendeten II. Weltkriegs mit etwa 60 Millionen Toten folgende Ziele:

1. den Weltfrieden und die internationale Sicherheit zu wahren und zu diesem Zweck wirksame Kollektivmaßnahmen zu treffen, um Bedrohungen des Friedens zu verhüten und zu beseitigen, Angriffshandlungen und andere Friedensbrüche zu unterdrücken und internationale Streitigkeiten oder Situationen, die zu einem Friedensbruch führen könnten, durch friedliche Mittel nach den Grundsätzen der Gerechtigkeit und des Völkerrechts zu bereinigen oder beizulegen;
2. freundschaftliche, auf der Achtung vor dem Grundsatz der Gleichberechtigung und Selbstbestimmung der Völker beruhende Beziehungen zwischen den Nationen zu entwickeln und andere geeignete Maßnahmen zur Festigung des Weltfriedens zu treffen;
3. eine internationale Zusammenarbeit herbeizuführen, um internationale Probleme wirtschaftlicher, sozialer, kultureller und humanitärer Art zu lösen und die Achtung vor den Menschenrechten und Grundfreiheiten für alle ohne Unterschied der Rasse, des Geschlechts, der Sprache oder der Religion zu fördern und zu festigen;
4. ein Mittelpunkt zu sein, in dem die Bemühungen der Nationen zur Verwirklichung dieser gemeinsamen Ziele aufeinander abgestimmt werden.

All diese Ziele haben nichts an Aktualität verloren, ja bedürfen angesichts des wieder auflebenden Kalten Krieges einer erhöhten Aufmerksamkeit.

In Artikel 2 der Charta wurden die Grundprinzipien des Völkerrechts formuliert, die anlässlich des 25. Jahrestages der UNO in der einmütig von der UNO-Vollversammlung am 24. Oktober 1970 verabschiedeten Deklaration über die Prinzipien des Völkerrechts noch einmal bekräftigt und interpretiert wurden. Auch späterhin fanden diese Prinzipien Eingang in internationale Vereinbarungen wie etwa in der KSZE-Schlussakte von Helsinki 1975. Kurz gefasst geht es dabei um folgende Prinzipien:

- den Grundsatz des Gewaltverbots, d.h. in Konfliktsituationen weder Gewalt anzuwenden noch anzuwenden;
- den Grundsatz, internationale Streitigkeiten durch friedliche Mittel so beizulegen, damit der Weltfriede, die internationale Sicherheit und die Gerechtigkeit nicht gefährdet werden;
- den Grundsatz der Nichteinmischung, d.h. im Einklang mit der Charta nicht in Angelegenheiten einzugreifen, die zur inneren Zuständigkeit eines Staates gehören;
- die Pflicht der Staaten, im Einklang mit der Charta miteinander zusammenzuarbeiten;
- den Grundsatz der Gleichberechtigung und Selbstbestimmung der Völker;
- den Grundsatz der souveränen Gleichheit der Staaten;
- den Grundsatz, dass die Staaten die Verpflichtungen,

die sie gemäß der Charta übernommen haben, nach Treu und Glauben erfüllen.

Friedliche Streitbeilegung

Nach diesem Prinzip sind die Staaten verpflichtet, ihre Streitigkeiten ausschließlich auf friedliche Weise zu regeln, damit der Weltfriede, die internationale Sicherheit und die Gerechtigkeit nicht gefährdet werden. Deshalb haben die an einer internationalen Streitigkeit beteiligten Staaten sowie andere Staaten jede Handlung zu unterlassen, welche die Lage verschärfen und dadurch die Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit gefährden kann, und haben im Einklang mit den Zielen und Grundsätzen der Vereinten Nationen zu handeln. Dieses Prinzip gilt nicht nur für Streitigkeiten, die den Weltfrieden und die internationale Sicherheit gefährden, sondern auch für Lösung lokal begrenzter Streitfälle.

Bei der friedlichen Streitbeilegung darf auch die Gerechtigkeit nicht auf der Strecke bleiben. Damit sind solche Lösungen der Streitbeilegung eindeutig ausgeschlossen, die die Interessen Dritter oder aller Staaten berühren und zusätzliche Konfliktsituationen schaffen können.

Im Falle des Kriegs in der Ukraine ist erst mal klar, dass Russland mit seinem Angriffskrieg das Prinzip der friedlichen Streitbeilegung auf rigide Weise gebrochen hat. Aber Historiker werden später festzustellen haben, welche der am Konflikt beteiligten Seiten (Russland, die USA, die EU und die Ukraine) im Vorfeld des Krieges wann und wie viel „Öl ins Feuer“ gegossen haben und so Prinzip der friedlichen Streitbeilegung nur unzureichend nachgekommen sind.

Gewaltverzicht

Beim Prinzip des Gewaltverbots steht an erster Stelle das Verbot des Aggressionskrieges, der als ein Verbrechen gegen den Frieden definiert wird. Zum Verbot der Gewaltandrohung und -anwendung gehört auch, jede Androhung oder Anwendung von Gewalt zum Zweck der Verletzung internationaler Demarkationslinien, wie Waffenstillstandslinien, zu unterlassen, die durch eine



internationale Vereinbarung oder auf Grund einer solchen Vereinbarung errichtet wurden, deren Vertragspartei der Staat ist oder die er aus anderen Gründen zu achten verpflichtet ist. Ebenso haben die Staaten die Pflicht, Vergeltungsmaßnahmen, die mit der Anwendung von Gewalt verbunden sind, zu unterlassen. Auch hat jeder Staat die Pflicht, die Aufstellung oder die Förderung der Aufstellung irregulärer Streitkräfte oder bewaffneter Banden, namentlich von Söldnern, zu unterlassen, die für Einfälle in das Hoheitsgebiet eines anderen Staates bestimmt sind. Jeder Staat hat die Pflicht, die Organisation, Anstiftung oder Unterstützung von Bürgerkriegs- oder Terrorhandlungen in einem anderen Staat und die Teilnahme daran oder die Duldung organisierter Aktivitäten in seinem Hoheitsgebiet, die auf die Begehung solcher Handlungen gerichtet sind, zu unterlassen. Ausgenommen vom Gewaltverbot ist lediglich die individuelle und kollektive Selbstverteidigung nach Artikel

51 der UNO-Charta im Falle eines bewaffneten Angriffs.

Russland führt seit dem 24. Februar 2022 einen völkerrechtswidrigen, unentschuldbaren Aggressionskrieg, bei dem auch mit der „Gruppe Wagner“ völkerrechtswidrige irreguläre Streitkräfte zum Einsatz kommen. Das ukrainische „Regiment Asow“, ursprünglich ein Freiwilligenbataillon, wurde 2014 formal ein Teil der Nationalgarde des Innenministeriums der Ukraine. Ihm wurden vom UNO-Hochkommissar ebenso wie russischen Einheiten Menschenrechtsverletzungen nachgewiesen. Und wie alle Kriege zeigt auch der Krieg in der Ukraine, wenn Gewalt erst einmal in Gang kommt, entfaltet sie auf beiden kriegführenden Seiten eine nicht mehr aufzuhaltende Gewaltdynamik.

Nichteinmischungsverbot

Das Nichteinmischungs- oder Interventionsverbot geht von dem Grundsatz aus, dass jeder Staat das unveräußerliche Recht hat, sein politisches, wirtschaftliches, soziales und kulturelles System ohne Einmischung irgendwelcher Art durch einen anderen Staat zu wählen. Deshalb darf ein Staat keine wirtschaftlichen, politischen oder sonstigen Maßnahmen gegen einen anderen Staat anwenden oder ihre Anwendung begünstigen, um von ihm die Unterordnung bei der Ausübung seiner souveränen Rechte zu erlangen oder von ihm Vorteile irgendwelcher Art zu erwirken. Auch darf ein Staat keine auf den gewaltsamen Umsturz des Regimes eines anderen Staates gerichteten subversiven, terroristischen oder bewaffneten Aktivitäten organisieren, unterstützen, schüren, finanzieren, anstiften oder dulden und nicht in interne Konflikte in einem anderen Staat eingreifen.

Zulässig sind Interventionen nach Kapitel VII der UNO-Charta bei Bedrohung des Friedens, bei Friedensbrüchen und militärischen Angriffshandlungen, sie reichen von Sanktionen, über Blockademaßnahmen bis zur Anwendung von Waffengewalt. Nicht unzulässig sind grundsätzlich auch erbetene Interventionen, wenn auch nicht unumstritten, weil bei rivalisierenden Bürgerkriegsparteien meistens schwierig festzustellen ist, welche politische Gruppierung denn über das souveräne Recht verfügt, um eine Intervention zu ersuchen. Höchst unstritten bleiben hingegen sog. humanitäre Interventionen. Die UNO-Vollversammlung hat lediglich dazu aufgefordert, die Weiterleitung von humanitärer Hilfe zu erleichtern und keinesfalls dazu ermächtigt, diese mit Zwangsmitteln durchzusetzen; die Einrichtung von Hilfskorridoren hat im Einvernehmen mit der jeweiligen Regierung und den betroffenen Organisationen zu erfolgen. Kein Staat besitzt indes ein unilaterales Recht, sich aus humanitären Gründen in die inneren Angelegenheiten eines anderen Staates einzumischen, nicht einmal zum Schutz seiner eigenen Staatsbürger.

Lange im Vorfeld des Krieges in der Ukraine hat es offenkundig unzulässige Einmischungen von verschiedenen Seiten gegeben. Nach eigenen Angaben haben die USA über Jahrzehnte mit Milliarden Dollar in die Innenpolitik der Ukraine eingegriffen und unterstützten insbesondere 2004 die erste „orangene Revolution“. Spektakulär war das Telefongespräch zwischen der US-Staatssekretärin Victoria Nuland mit US-Botschafter Geoffrey Pyatt in der Ukraine am 7. Februar 2014, bei dem Pläne für einen Regimewechsel in Kiew besprochen wurden. Als Reaktion auf den Kiewer „Euromaidan“ und den erfolgten Regimewechsel annektierte Russland die Krim und griff militärisch im Donbass zur Unterstützung der separatistischen „Volksrepubliken“ Donezk und Luhansk ein. Auch hier werden Historiker später die Einzelheiten aufzudecken haben, wer sich wann eingemischt hat, mit welchen Mitteln und zu welchem Zweck.

kreisvorstand aktuell

Der Kreisvorstand kam am 1. März im Bürgerbüro Mittweida zu seiner turnusmäßigen Sitzung zusammen. Auf der Beratung wurden folgende Schwerpunkte behandelt:

■ Zum Stand der Vorbereitung einer gemeinsam vom DGB und der LINKEN organisierten Betriebs- und Personalrätekonferenz informierte Genosse Stefan Gabler von der AG Betrieb und Gewerkschaft im Landesverband der LINKEN. Er bemerkte u.a., dass die LINKE nur noch in wenigen Betrieben in den Betriebs- und Personalräten vertreten wäre und damit ein wichtiges Bindeglied zur Mitbestimmung in den Betrieben fehle. An der Konferenz werden u.a. der Ko-Landesvorsitzende Stefan Hartmann, der Fraktionsvorsitzende im Landtag, Rico Gebhardt und Ralf Hron, Regionalgeschäftsführer Südwestsachsen des DGB teilnehmen. In der anschließenden Debatte wurde festgestellt, dass auch in Mittelsachsen DIE LINKE gewerkschaftlich schwach organisiert ist. Hervorgehoben wurde das Engagement von Carmen Scholtissek und Jörg Hommel aus dem Ortsverband Frankenberg-Hainichen sowie von Peter Emmrich aus dem Ortsverband Waldheim-Hartha.

■ Im Tagesordnungspunkt "Aktuelles" ging es vor allem um die gegenwärtige schwierige Gemengelage bei der LINKEN. Dabei stand die Debatte um die Rolle von Sahra Wagenknecht, das von ihr und Alice Schwarzer vorgelegte "Manifest für den Frieden" und die Friedenskundgebung am 25. Februar am Brandenburger Tor im Mittelpunkt. Insgesamt wurde eingeschätzt, dass Sahra Wagenknecht keine gute Rolle spielt und die Gefahr der Spaltung der Partei durch sie wachse.

■ Die Kreisvorsitzende Marika Tändler-Walenta wertete den Kreisparteitag vom 11. Februar in Siebenlehn aus. Sie zog ein positives Resümee der Beratung, sowohl was deren Inhalt, als auch die Organisation betraf. Wir haben in unserer Februar-Ausgabe ausführlich über den Kreisparteitag berichtet.

■ Der Kreisvorstand verständigte sich über den Stand auf die Vorbereitung des Internationalen Frauentages, die Unterstützung für den von der Gewerkschaft ver.di initiierten Volksantrag "8. März als Feiertag in Sachsen" und die Vergabe des Alternativen Frauentagspreises der mittelsächsischen LINKEN.

■ Hans Weiske informierte den Kreisvorstand über die Videokonferenz des Landesvorstands mit den Kreisgeschäftsführer*innen vom 31. Januar 2023. Im Mittelpunkt standen die wichtigsten Termine des Jahres (Partei-konvent, Landesparteitag, Bundesparteitag, Bundesvertreter*innenkonferenz) und der Start in die Vorbereitung des "Superwahljahres" 2024 mit einem ersten Wahlplenum des Landesverbandes am Rande der Sommerakademie.

unsere jubilarer



All unseren Genossinnen und Genossen mit runden und halbrunden Geburtstagen über Sechzig sowie unseren hochbetagten Geburtstagskindern gratulieren wir hiermit ganz herzlich!

Im April 2023 wird aus diesem Anlass gefeiert bei:

LIESBETH UHLEMANN	geb. am	01.04.1932,	in	Brand-Erbisdorf
MANFRED SCHNEIDER	geb. am	02.04.1935,	in	Flöha
RITA HILLMANN	geb. am	04.04.1935,	in	Oederan
HORST ESCHÉ	geb. am	04.04.1933,	in	Lichtenau
INA GUMPRECHT	geb. am	04.04.1942,	in	Penig
SIEGHARD KNOBEL	geb. am	05.04.1941,	in	Hainichen
INGEBORG WOLF	geb. am	06.04.1930,	in	Freiberg
TORSTEN FISCHER	geb. am	08.04.1963,	in	Mulda
CARMEN SCHOLTISSEK	geb. am	07.04.1963,	in	Chemnitz
HILDA PREISS	geb. am	10.04.1922,	in	Ostrau
ROSEMARIE FREUDENBERG	geb. am	11.04.1943,	in	Frankenberg
REGINA KLUGE	geb. am	13.04.1935,	in	Rechenberg-Bienenm.
RAINER TIPPMMANN	geb. am	13.04.1941,	in	Freiberg
GERDA FANDRICH	geb. am	13.04.1937,	in	Lichtenberg
REINER DELLING	geb. am	13.04.1936,	in	Augustusburg
EDGAR KIRSTEN	geb. am	15.04.1935,	in	Waldheim
HEINZ ZIMMERMANN	geb. am	15.04.1927,	in	Freiberg
DIETER FRIEDRICH	geb. am	17.04.1936,	in	Penig
HORST ERLER	geb. am	19.04.1929,	in	Frauenstein
SYLVIA KREBS	geb. am	21.04.1952,	in	Mittweida
EDITH STARKE	geb. am	24.04.1941,	in	Mittweida
HELGA PEUKERT	geb. am	26.04.1939,	in	Brand-Erbisdorf
REGINA NEUENFELDT	geb. am	27.04.1939,	in	Mittweida

In eigener Sache: An dieser Stelle hat seit jeher die Geburtstagsliste unserer Senior*innen in den „LinksWorten“ ihren Platz. Laut der aktuellen Datenschutzverordnung der EU dürften wir Namen eigentlich nur bei der dokumentierten Zustimmung jedes einzelnen Jubilars veröffentlichen. Wir haben diese Vorgabe für unsere Zeitung aktualisiert. Genossinnen und Genossen, die an dieser Stelle nicht (oder nicht mehr) genannt werden möchten, bittet die Redaktion im Vorab um Information.

historische daten und jahrestage im märz 2023

05.03. 1898: Zhou Enlai (chinesischer Staatsmann) geboren.

06.03. 1898: Deutsch-chinesischer Pachtvertrag für Kiautschou.

13. - 15.03. 1898: Gründung der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Russlands in Minsk.

15.03. 1933: Staatsstreich in Österreich (Dollfuß)

21.03. 1933: Die Eröffnung des Reichstages wird als „Tag von Potsdam“ und als Schulterchluss zwischen dem NS-Regime und den traditionellen preussischen Eliten inszeniert.

22.03. 1933: In Dachau wird das erste KZ eingerichtet.

23.03. 1933: Die SPD stimmt im Reichstag gegen das Ermächtigungsgesetz. Die Mandate der KPD waren zuvor annulliert worden.

17.03. 1948: Der Brüsseler Fünfmächtepakt (Westunion) richtet sich als erstes Nachkriegsbündnis

gegen die Sowjetunion.

31.03. 1948: Egon Erwin Kisch (der rasende Reporter) gestorben.

05.03. 1953: J.W. Stalin verstorben.

10.03. 1973: Gründung der Frente Polisario.

23.03. 1983: US-Präsident Ronald Reagan kündigt in einer Fernsehansprache die Entwicklung eines strategischen Verteidigungssystems und damit einer neuen Runde des Wettrüstens an.

03.03. 2008: Annemarie Renger (SPD-Politikerin) verstorben.

05.03. 2013: Hugo Chávez (Staatspräsident Venezuelas) gestorben.

10.03. 2013: Peter Ensilkat (Kabarettist und Schriftsteller) in Berlin verstorben.

23.03. 2013: Reinhard Lakomy (Sänger und Komponist) in Berlin verstorben.

terminübersicht

april 2023

- 04.04. 17:00 Uhr Betriebs- und Personalrätekonferenz Hohenstein-Ernstthal, Schützenhaus (siehe auch unten)
- 05.04. 18:00 Uhr Sitzung des Kreisvorstandes Kreisgeschäftsstelle Freiberg, Lange Straße 34
- 29.04. 10:00 Uhr Parteikonvent des Landesverbandes Leipzig, VDI-Garage, Karl-Heine-Straße 97 (siehe auch Seite -5-)

Einladung für
Betriebs- & Personalräte
in Südwestsachsen

DGB
Deutscher Gewerkschaftsbund Südwestsachsen

DIE LINKE.
& betrieb
Arbeitsgemeinschaft Chemnitz

Stark in Arbeit.

Für gute Arbeit ist Mitbestimmung unerlässlich.

Der Deutsche Gewerkschaftsbund Südwestsachsen und die AG Betrieb & Gewerkschaft der Partei DIE LINKE. laden zur Betriebs- und Personalrätekonferenz ein.

04. April 2023, 17:00

Schützenhaus Hohenstein-Ernstthal

Von **REBECCA LANGE**

Betriebsschließungen und vermehrte Streiks bleiben nicht mehr unbemerkt und gewinnen für die Öffentlichkeit und die betroffene Bevölkerung an Bedeutung. Umso wichtiger werden auch die Betriebsräte und deren Funktionen. Auch die Politik sollte es als ihre Aufgabe sehen, an der Schaffung solcher Betriebsräte, am Kontakt mit dem Personal und der Öffentlichkeitsarbeit in diesen Bereichen mitzuwirken. Vor allem wir als die LINKE Mittelsachsen wollen eine gemeinsame Zusammenarbeit für alle Regionen von Mittelsachsen bis zum Voigtland fördern. Am 04.04.2023 wird dazu in Stolberg/Hohnstein eine Betriebsratskonferenz abgehalten, welche die LINKE als Partner für alle Betriebsräte und Personalgruppen zeigen soll und vor Ort etwaige Lösungsansätze besprechen will. Des Weiteren wird das Arbeitervertretergesetz, welches bereits im Bund zur Sprache gekommen ist, ein Thema der Veranstaltung sein. Weitere Informationen und relevante Fragen wollen wir bei einer **Vormobilisierungsveranstaltung im Abgeordnetenbüro in Mittweida** mit der LAG Betrieb und Gewerkschaft besprechen. Zudem soll es ein Aufruf für alle Genossinnen und Genossen sein, die Mitglied in einer Gewerkschaft sind, daran teilzunehmen und auch zur Konferenz nach Hohnstein zu fahren. Die Veranstaltung mit der LAG Betrieb und Gewerkschaft wird in der Woche vom 27.03.-02.04.2023 im Bürgerbüro in der Weberstraße 8 in Mittweida stattfinden (voraussichtlich am 31.03.2023). Genauere Informationen zu Datum und Uhrzeit werden noch bekannt gegeben.

Erschüttert und fassungslos haben wir die Nachricht vom viel zu frühen Ableben unseres Bürgermeisters a.D.

VEIT LINDNER

zur Kenntnis nehmen müssen.

Seit seiner Wahl 2001 war mit Ihm zum Wohlergehen unserer Stadt immer eine sehr gute Zusammenarbeit möglich, seine Tür stand immer für alle Probleme offen, jeder kannte des anderen Stärken aber auch Schwächen, über alles konnte trotz unterschiedlicher politische Auffassungen diskutiert und gestritten werden und manch eine doch vorhandene „rote Linie“ wurde immer akzeptiert.

Es war uns eine Ehre, mit Dir gemeinsam unsere Stadt in den letzten mehr als zwei Jahrzehnten zu gestalten.

Danke, dass es Dich gab.

PETER KRAUSE **JÖRDIS MARSCHNER** **ERWIN WEIS**
Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Roßwein

MARIKA TÄNDLER-WALENTA
Landtagsabgeordnete und Kreisvorsitzende DIE LINKE. Mittelsachsen



Am 08.03.2023 verstarb im 71. Lebensjahr nach schwerer Krankheit unser Genosse

GERT FUHRMANN

Gert engagierte sich seit 1996 für unsere Partei im Gemeinderat Zettlitz, wo er bis Oktober 2022 auch stellvertretender Bürgermeister war. Als gelernter Bauingenieur genoss er in der Gemeinde hohes Ansehen und hat bei vielen Bauvorhaben seine Spuren hinterlassen. Wir werden ihn stets ein ehrendes Gedenken bewahren.

DIETER ERLER Ortsverband Rochlitz-Geringswalde



Der Ortsverband Region Flöha trauert um seinen verstorbenen Genossen

GERT WITTIG

Gert verstarb am 15. Februar 2023 nach schwerer Krankheit im Alter von 74 Jahren. Über Jahrzehnte war er ein zuverlässiger Aktivposten, zuerst in der Basisgruppe Oederan, später im Ortsverband. Er war langjähriger Stadtrat in Oederan und aktives Mitglied im Ortsvorstand. Wo er gebraucht wurde, war er zur Stelle. Er sprach, wo es nötig war, mit viel Sachkenntnis. Wo es erforderlich war, handelte er ohne viele Worte. Wir werden Gert schmerzlich vermissen, in unseren Herzen und Gedanken lebt er fort.

HANS-JÜRGEN KÜHN Vorsitzender des Ortsverbandes Region Flöha

Wir trauern gemeinsam mit den Angehörigen um unsere teuren Verstorbenen

WERNER WINKLER Seelitz
RUDOLF WEHNER Freiberg
GERALD SCHMIDT Rochlitz

Wir werden ihnen stets unser ehrendes Andenken bewahren.